

11.02.1983.

# SPD-Information

für  
Bad Bramstedt

RUND  
UM DEN ROLAND



## In eigener Sache:

Lange Zeit haben Sie auf diesen  
"Rund um den Roland"

warten müssen.

Dafür gibt es zwei gewichtige Gründe:

- Erstens ist unser langjähriger Chefredakteur Jan-Uwe Schadendorf aus beruflichen Gründen nach Hamburg verzogen. An dieser Stelle noch einmal recht herzlichen Dank, Jan-Uwe!
- Zweitens hat der Kommunalwahlkampf 82 ein großes Loch in unsere Ortsvereinskasse gerissen und wir haben jetzt ja schon wieder Wahlkampfzeit.

Damit Sie sich gerade in dieser Wahlkampfzeit ein wenig über die Vorstellungen der Sozialdemokraten informieren können, bringen wir in dieser Ausgabe des "Rund um den Roland" überwiegend Bundes- und landespolitische Themen. Aber schon in der nächsten Ausgabe steht natürlich unsere Rolandstadt wieder im Mittelpunkt.  
Ihre Redaktion

## ARBEITSLOSIGKEIT EIN SCHICKSAL ?

Zur Fragwürdigkeit der Konzepte der CDU/CSU/FDP Koalition in Bonn zur Überwindung der Arbeitslosigkeit schreibt Gerhard Binzus, Fraktionssprecher der SPD:

Es ist Wahlkampfzeit und täglich werden wir mit neuen Behauptungen über die Ursachen der wirtschaftlichen Krise und mit Rezepten zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit konfrontiert. Die CDU/CSU preisen sich mit dem Hinweis auf längst vermoderte Politiker wie Adenauer und Erhard als Wirtschaftswundertäter an. Die F.D.P. übt Selbstkritik an der von ihr seit 13 Jahren verantworteten Wirtschaftspolitik des Bundes, die sie als Chaotenwerk kennzeichnet. Und die GRÜNEN propagieren den Ausstieg aus der Industriegesellschaft und wollen gleichzeitig alle Sozialleistungen erhöhen.

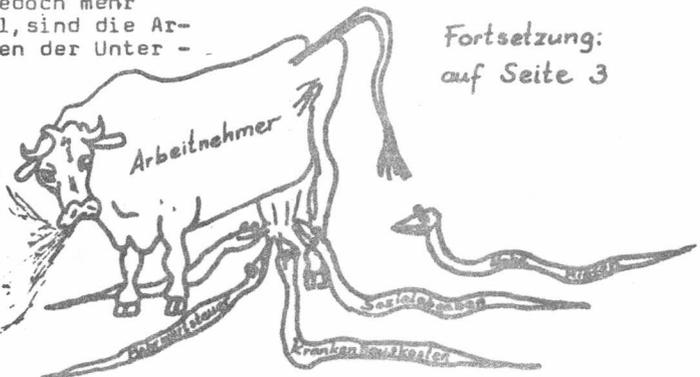
Nein, das geht mir doch zu weit und ich meine, wir sollten uns nicht von diesen Parteien für dumm verkaufen und als Stimmvieh zur Stillung des Machthungers oder auch der bloßen Gier nach den Pfründen eines Bundes- oder Landtagsmandats mißbrauchen lassen.

Wir brauchen keine Klassenkämpfer oder Schauspieler in unseren Parlamenten, sondern Menschen, die nach einsehbaren Konzepten an der Bewältigung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme unseres Landes und der Welt mitarbeiten wollen.

Als Kommunalpolitiker habe ich über die Ursachen der Krise ganz andere Einsichten erlangt, als die zur Zeit regierenden Politiker der CDU/CSU/FDP - Koalition. Noch immer gilt das, was die sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt zum Grundprinzip einer gesunden Wirtschafts- und Sozialpolitik festgestellt hatten; nämlich, daß man der Kuh die Milch geben soll, auch füttern muß. Jede gesunde und sozial gerechte Gesellschaft braucht Arbeit für ihre Menschen, aber auch Gewinnchancen für ihre Unternehmer. Mit den Gewinnchancen unserer Unternehmen steht es immer noch ganz gut, wie anders sollte man es sich denn sonst erklären, daß die vom Gewinn und Kapital abhängige

Gewerbesteuer immer noch im Ansteigen ist, obwohl die Arbeitslosigkeit ständig zugenommen hat. Diese Kuh, nämlich die Wirtschaft, muß keineswegs vor dem Hungertod gerettet werden. Die Kuh, die nach Meinung der Koalitionsparteien jedoch mehr Milch hergeben soll, sind die Arbeitnehmer zugunsten der Unternehmer.

Lohnpause  
hohe Preise  
Arbeitslosigkeit



Da die Arbeitnehmer tatsächlich durch ihre Steuern und Sozialabgaben und durch ihren Konsum die Hauptlast der solidaren Sozialleistungen zu tragen haben und letztlich auch die Gewinne der Unternehmen gewährleisten, müßte eigentlich hier der wirtschaftspolitische Hebel angesetzt werden.

Hier haben wir aber ganz irriige Hoffnungen bei der CDU/CSU/FDP - Koalition. Die Wirtschaft soll ihre modernen, teils automatisierten und nicht ausgelasteten Produktionsanlagen noch mehr auf unsere Kosten rationalisieren und Arbeitsplätze vernichten dürfen, damit die Gewinne noch mehr steigen und die mißliebige Konkurrenz aus dem Mittelstand auf der Strecke bleibt.

Investitionshilfe nennt man solche Politik.

Fortsetzung:  
auf Seite 3

## Kein wahres Wort an der „MIETENLÜGE“ aber messen mit zweierlei Mass

Was zunächst noch für eine verbale Entgleisung des CDU - Generalsekretärs Geißler gehalten werden konnte, entpuppte sich nun als offenbar planmäßige Strategie der CDU-Führung; denn die CDU möchte mit ihren Vorwürfen, die SPD und besonders der Hamburger Senat hätten mit der "Mietenlüge" eine "Üble Wählertäuschung" zu verantworten, nur von dem unsozialen neuen Mietrecht ablenken, das sie zusammen mit der FDP im Dezember 1982 gegen den Widerstand der Sozialdemokraten in Bund und Ländern durchgesetzt hat. Sachlich ist an den Vorwürfen der CDU kein wahres Wort.

Zu den Vorwürfen der CDU bezogen auf die Hamburger Wahl hat der Hamburger Senat in einer umfassenden Dokumentation lückenlos nachgewiesen, daß

- weder Senat noch SPD die Versendung der im August beschlossenen Mieterhöhungsbescheide verzögert oder hinausgeschoben hat, sondern sich im Gegenteil um termingerechte Zustellung dieser Benachrichtigungen bemüht hat;
- der Senat zu keiner Zeit die Anhebung der Hamburger Sozialmieten der CDU oder der Bundesregierung angelastet hat und daß die Wohnungsunternehmen in ihren Benachrichtigungen an die Mieter ausdrücklich auf die entsprechende Rechtsverordnung des Senats hingewiesen haben.

### Impressum:

Herausgeber: SPD-Ortsverein  
Bad Bramstedt

verantwortl.  
Redakteur: Hans-Otto Umlandt

Auflage: 4.000

Druck: Eigendruck

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Im Übrigen hat die Erhöhung der Sozialmieten in Hamburg eine schleswig-holsteinische Parallele.

Am 22.1.1982 erläuterte der (damalige) Innenminister Barschel vor der Landespressekonferenz die wohnungspolitische Bilanz der Landesregierung, in der er u.a. ankündigte, daß

- zur Finanzierung der neuen Wohnungsbauförderung die Mietobergrenze für künftige Bauten erhöht wird von DM 6,20 auf 6,80 pro qm;
- die Eigenleistung der Bauherren auf den Anteil von mindestens 20% (bisher 15%) angehoben wird;
- aufgrund der neuen Bundesgesetze die Zinsen für öffentliche Baudarlehen bei Miet- und Eigentumsobjekten zum Abbau von Mietverzerrungen sowie nicht mehr gerechtfertigter Subventionen angemessen erhöht werden.

Als Konsequenz dieser Maßnahmen erkannte Barschel für die Zukunft "höhere Belastungen für Hausbesitzer und Mieter" und nannte in erläuternden Zahlenbeispielen ausdrücklich auch Sozialwohnungsmieten.

## Neues Mietgesetz entspricht nicht dem Entwurf der Regierung Schmidt

Die Behauptungen von CDU-Politikern, das neue Mietrecht entspreche in wesentlichen Punkten dem Entwurf der Regierung Schmidt, ist unrichtig.

### Richtig ist:

Das jetzt verabschiedete Gesetz weicht in mehreren Punkten zum Nachteil der Mieter von dem alten Entwurf ab:

- Der Kündigungsschutz in Umwandlungsfällen wird von fünf auf drei Jahre verkürzt;
- der Mieter hat kein Vorkaufsrecht für seine Wohnung, wie es der alte Entwurf vorsah;
- Zeitmietverträge sind für fünf Jahre zulässig (vorher 3). Es reicht die Eigenverwendungsabsicht aus, um danach einen neuen Zeitmietvertrag abzuschließen;
- stärkere Mieterhöhungen als im alten Entwurf sind möglich, da das Vergleichsmietensystem ausgehöhlt wird;
- nach altem Entwurf sollten Staffelmieten in Neubauten Anreiz zum Wohnungsbau sein. Jetzt sind sie auch im alten Bestand erlaubt. Daraus ergibt sich keinerlei Neubaueffekt.

Wenn dieser Wahlkampf endlich vorbei ist, dann mach ich drei Kreuze. Alle bei der SPD

## 27. Februar

Stammtisch im Kaisersaal

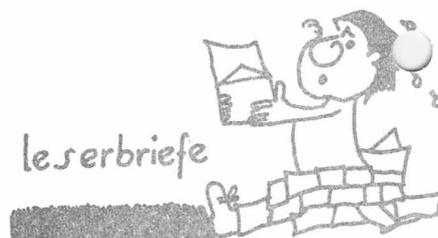
10.30 - 12.00 Uhr

Sozialdemokratische Kommunalpolitiker stellen sich den Fragen der Bürger.

Mit von der Partie:

Uwe Amthor

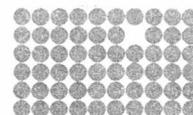
Landtagskandidat der SPD



an:

**Hans-Otto UMLANDT**  
**Bissenmoorweg 20**

Ein  
Platz  
ist  
frei  
für Sie!



Fortsetzung von Seite 1

Man stelle sich doch nur einmal eine Gesellschaft mit vollautomatisierten Unternehmungen vor und einem Riesenheer arbeitsloser Bürger. An wem soll dann die Wirtschaft bloß ihre Produkte verkaufen und wovon einen Gewinn erwirtschaften?

Dümmere und unsinniger kann kaum noch eine Politik angelegt sein, als diese.

Richtig ist es dagegen, eine Arbeitsbeschaffungspolitik zu betreiben.

Haben die Menschen Arbeit und Lohn, dann können sie auch ihre Konsumbedürfnisse abdecken. Es käme automatisch zu einer wirtschaftlichen Wiederbelebung.

Da spricht man immer wieder von dem Zusammenhang zwischen der Investitionspolitik und der Zahl der Arbeitsplätze. Sollte das alles falsch sein?

Es ist durchaus richtig, daß das Nachlassen der Investitionen die Ursache der Arbeitslosigkeit ist. Nur wer hat mit dem Investieren aufgehört?

Hier liegt meiner Auffassung nach, die zentrale Frage und das Verständnis für die einzuschlagenden Wege zur Überwindung der wirtschaftlichen Misere.

Dazu muß man feststellen, daß nicht nur die Wirtschaft, sondern zu einem gleich großen Teile auch von den öffentlichen Händen Investitionen vorgenommen werden. Die Masse der öffentlichen bzw. staatlichen Investitionsleistungen werden von den Gemeinden, sowie den Ländern und nur der kleinere Teil von der Bundesregierung in Bonn erbracht. Die öffentlichen Investitionen stagnieren in den letzten Jahren und ganz besonders stark in den von CDU und CSU regierten Ländern und Gemeinden.

Die Stagnation der Investitionsleistungen der Städte, Länder und Gemeinden ist seit Jahren ein öffentliches Ärgernis, das immer wieder vom Städte- und Gemeindegtag beklagt wird, ohne daß bisher wirksame Gegenmaßnahmen ergriffen wurden. Tatsächlich liegt hier die wahre Ursache der Arbeitsmarktprobleme.

Zu Beginn der siebziger Jahre taumelten sich allgemein die Kommunalpolitiker in Euphorie über die fast unbegrenzt erscheinenden Möglichkeiten zur Erfüllung von Zukunftswünschen. Nur wenige Politiker, zu denen auch ich mich rechnen darf, warnten schon damals vor den Folgen des Vorschusses auf die Zukunft, nämlich vor der unausbleiblichen Inflation der Baukosten, vor dem Zuschußbedarf vieler Einrichtungen und vor den Folgen für den Arbeitsmarkt, wenn die öffentlichen Hände ihre Investitionen drastisch reduzieren müssen, um noch die Schuldzinsen und Folgekosten aufbringen zu können.

## UNSER KANDIDAT : Hans-Jochen VOGEL

Bonn ist ein Nest. Und Vogel wird Kanzler. SPD



Wer am 6. und am 13. März vergißt, rot zu wählen, darf sich anschließend nicht schwarz ärgern.

Nehmen wir doch als Beispiel, das für viele gelten kann, die Verhältnisse in dem seit Jahrzehnten von einer absoluten CDU-Mehrheit beherrschten Bad Bramstedt, in dem ebenfalls seit Jahrzehnten von der CDU regiertem Lande Schleswig-Holstein, das bekanntlich mit Herrn Stoltenberg den Finanzminister in Bonn gestellt hat und der heute so besserwisserisch alles anders machen will, was er in seiner Regierungszeit nicht im eigenem Hause vermochte.

In Bad Bramstedt, wie im ganzen Lande Schleswig-Holstein besteht eine über den Bundesdurchschnitt liegende Arbeitslosigkeit. Ca. 300 Bad Bramstedter Arbeitnehmer sind arbeitslos und verursachen dadurch Kosten in Höhe von 5-6 Mill. DM jährlich.

Dieses ist nicht zufällig die Summe, um der die Investitionen der Stadt in den letzten fünf Jahren jährlich zurückgegangen sind.

Seit Anfang der siebziger Jahre weist der Vermögenshaushalt der Stadt, aus dem alle Investitionen getätigt werden, ein Volumen zwischen 9-14 Mill. DM pro Jahr auf. Zwar sind auch 1983 wieder 9,023.500 DM als Ausgaben im Vermögenshaushalt vorgesehen, jedoch beträgt die Summe der beschäftigungspolitisch wirksamen Ausgaben nur noch ca. 2,3 Mill. DM. Der Grund für dieses Mißverhältnis besteht in der Notwendigkeit ca. 6,1 Mill. DM von den Banken als Kredit aufnehmen zu müssen, um in gleicher Höhe Altschulden zu tilgen.

Bei den Neuinvestitionen ist es erstmals so, daß die Einnahmen des Vermögenshaushaltes um 300 Tausend DM höher sind, als die Summe der Reinvestitionen. Den erzielten Überschuß tut man in den Sparstrumpf. Warum läuft denn nichts mehr?

Ganz einfach, die früher geschaffenen Einrichtungen, wie das Warmwasserfreibad, die Sporthallen, die neue Feuerwache, sowie die Ruhelgeldbezüge für zwei Bürgermeister verschlingen über den daraus resultierenden Zuschußbedarf von jährlich fast einer Mill. DM zusammen mit zur Zeit jährlich 730.000 DM Zinsen, das Steueraufkommen der Stadt und lassen nur noch die Überweisung von ca 850.000 DM vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt zu.

Nurmehr mit 1/3 des nicht für Verwaltungszwecke benötigten Geldes, können Investitionen finanziert werden. Man kann mit 550.000 DM seitens der Stadt ca. 2,3 Mill. DM Investitionen in Gang bringen, dann wird klar, daß man mit 1,7 Mill DM mehr für Investitionen, der Arbeitslosigkeit in Bad Bramstedt wirksam entgegen wirken könnte.

Konkret gesagt hat die CDU mit der Fehleinschätzung der Leistungsfähigkeit der Stadt Bad Bramstedt die Zukunft verspielt. Allein das Warmwasserfreibad hat seit seinem Bestehen mindestens 8 Mill. DM für seinen Bau und an Zuschüssen verschlungen. Jeder kann sich ausmalen, wieviel Arbeitsplätze diese Art von öffentlicher Verschwendung gekostet hat. Noch ist kein Ende des Zuschußbedarfs von 400.000 DM pro Jahr für das Freibad in Aussicht.

Wenn man Schulden machen muß, um Schulden zu tilgen, ist man am Ende seiner Kunst angelangt.

Gerade diese konservativen Politiker in den Reihen der CDU/CSU/FDP-Koalition wollen uns heute weismachen, daß es nur mit ihnen an der Spitze aufwärts gehen kann.

Nein Irrtum, denen fehlt es an den Einsichten, um richtig handeln zu können

Gerhard Binzus  
Fraktionssprecher  
der SPD

# WIR SAMMELN VOGEL-STIMMEN



## AKTIVE FRIEDENSPOLITIK !

SPD, FDP und SSW befürworten atomwaffenfreie Zonen

Aktive Friedenspolitik im Kieler Landtag. Die drei Oppositionsfractionen haben einen gemeinsamen Antrag eingebracht, in dem u.a. atomwaffenfreie Zonen befürwortet werden. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:  
 "Der Landtag wolle beschließen: Die Menschen in Ost und West fürchten sich vor der Eskalation von Gewalt und Terror, vor kriegerischen Entwicklungen bis hin zu einem alles vernichtenden globalen Waffengang. Wirtschaftliche Probleme und Arbeitslosigkeit verstärken oft diese Ängste - namentlich bei jungen Menschen - zu einer allgemeinen Existenzangst vor der Zukunft. Intoleranz und Fanatismus stellen in zunehmendem Maße das gedeihliche Zusammenleben zwischen den Menschen durch die Zerstörung grundlegender Wertvorstellungen in Frage.

Aus diesen Gründen ist eine aktive Friedenspolitik nach innen und nach außen mehr denn je erforderlich.

Der Landtag erkennt die Notwendigkeit weltweiter Abrüstung, die den Verzicht auf nukleare, bakteriologische und chemische Waffen enthalten muß.

Er fordert die Bundesregierung, die Parteien und alle Verantwortlichen auf, ihre Bemühungen um Abrüstung und Friedenssicherung zu verstärken, die einen weltweiten Verzicht auf die Produktion und Stationierung von A-, B- und C- Waffensystemen zum Ziel haben.

Atomwaffenfreie Regionen könnten einen ersten Schritt in diese Richtung bedeuten, weil sie Vertrauen unter den Staaten schaffen und somit wesentlich dazu beitragen können, die Existenzängste der Mensch abzubauen.

Die Ächtung von Krieg und Gewalt muß endlich politische Realität werden.

Meyer

Hamer und Fraktion

Ruge und Fraktion

Lieber 'n roten Vogel als 'n schwarzen Kohl. SPD

## Wer im Glashaus sitzt!

Bundesfinanzminister Stoltenberg macht mit der "Erblast-Theorie" Wahlkampf, um damit seine eigene Unfähigkeit zu verschleiern. So behauptet er, daß die öffentlichen Finanzen heute in Ordnung wären, hätten sich CDU/CSU schon früher mit ihren Forderungen durchgesetzt. Die Wahrheit ist: Die CDU/CSU hat

- keinen völlig neuen Haushalt für 1983 vorgelegt, sondern einen Ergänzungshaushalt, durch den nur etwa 150 der insgesamt 7000 Haushaltstitel geändert wurden;
- die Nettokreditaufnahme in der Größenordnung von 41.5 Mrd. DM nur zustandegebracht, weil die FDP ihr das ermöglichte (was sie der SPD verweigert hatte);
- als Oppositionsfraction zwar die öffentliche Kreditaufnahme kritisiert, andererseits aber immer mehr Ausgaben und zusätzliche Steuererleichterungen gefordert; die Zusatzforderungen der CDU/CSU im Bundesrat und die Ablehnung haushaltsentlastender Beschlüsse des Bundestages durch den Bundesrat addieren sich leicht auf eine Summe von 25 Mrd. DM. Nimmt man alle Forderungen nach Steuerentlastungen zusammen, die CDU/CSU allein seit Beginn dieser Legislaturperiode erhoben haben, ergibt sich ein Betrag von mehr als 30 Mrd. DM. Und stellt man die kostenwirksamen Anträge der CDU/CSU-regierten Bundesländer und der CDU/CSU-Bundestagsfraction im Zeitraum von 1976-1981 zusammen, so hätten sich daraus Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen von insgesamt 347,94 Mrd. DM ergeben.



Montag, den 21. Februar 83 um 20.00 Uhr

Podiumsdiskussion mit

Günther Heyenn, Willi Piecyk, Volker Lutz, Uwe Amthor.

Thema: Nachrüstung & Frieden

im Hotel zur Post, Bad Bramstedt

## Aus für die MÜHLENSTRASSE

Keine halben Sachen machen:  
am 6. und am 13. März SPD

Wie Bad Bramstedt am Beispiel der Mühlenstraße unter verfehlter Stadtplanung leidet.

Sicherlich kennen alle Leser die Mühlenstraße hinter dem Bleeck, eine der letzten Kopfsteinpflasterstraßen Bad Bramstedts. Häufig ärgern sich gerade ältere Mitbürger über die ungerade, schlecht begehbare Kopfsteinpflasterstraßendecke. Aber "Rund um den Roland" unterstellt, wer gewachsene alte Straßen und Stadtteile liebt, würde die Mühlenstraße nicht so in ihrer Struktur verletzen, wie jeder Betrachter es heute sehen kann.

Was ist geschehen?

Mittlerweile sind zwei Häuser, auf der zum Bleeck gelegenen Seite abgerissen worden. Nicht etwa weil die Häuser einzustürzen drohten. Nein, die Häuser waren bis zum bitteren Abriß bewohnt. Es waren auch keine Häuser in den etwa die notwendigen Sanitäreinrichtungen fehlten, die Häuser hatten mittlere Wohnqualität. Ein Wohnwert wie ihn gerade heute viele junge und ältere Wohnungssuchende wünschen, weil sie stadtkernnah gelegen und nicht unerschwinglich teuer waren.

Ja aber..... es kann nicht alles erhalten bleiben an alter Bausubstanz, wir müssen auch neue Wohneinheiten bauen. Denn Neu muß nicht immer häßlich sein, werden viele meinen.

Dann wollen wir einmal aufzeigen, wie sich die Mühlenstraße heute darstellt. Zwei weitere Häuser stehen leer. Das eine Haus davon ist mit Sperrholzplatten zugenagelt. Wir meinen, man muß nicht besonders empfindlich sein um zu sehen, daß Teile der Mühlenstraße verfallen, der ganze Charakter der Straße zerstört ist.

Sicherlich bemühen sich viele Hausbesitzer in der Mühlenstraße die Qualität ihrer Häuser zu erhalten oder sogar zu verbessern, das soll nicht unerwähnt bleiben.

Nur was nützt das wohlgemeinte private Interesse, wenn die politische Führung umgesetzt durch die Verwaltung dazu führt, bewohnbare Häuser einzureißen und alle halbe Jahr neue Nutzungspläne in Umlauf zu bringen. Interessierten Bürgern ist sicherlich nicht entgangen, daß es Pläne gab, die Mühlenstraße halbseitig mit Parkplätzen zu versehen, dann sollte doch tatsächlich der ganze Straßenzug verändert werden und immer mit der Konsequenz bewirtschaftete Häuser einzureißen. Später wiederum sollte die Straße geteert werden, heute erkennt man langsam den Wert von Kopfsteinpflasterstraßen.

Also die Verunsicherung der behördlichen Planer kann größer nicht sein.

Andererseits kennt jeder die Auflagen, die einzelnen Bürgern gemacht werden. Es wird vielfach die Farbe der Dachziegel vorgeschrieben, die Neigung des Daches genau aufgezeichnet, das alles gilt für private Bauherrn.

Die oberste Planungsbehörde am Ort aber, die alle Vorschriften überwacht, darf ungestraft über Jahre mit ganzen Straßenzügen Roulett spielen.

Ist das die neue "bürgernahe" Politik?

Sicherlich nicht. Wir wollen hier nicht den billigen Versuch machen einer Person oder einer Partei die alleinige Schuld zu zuweisen. Fern liegt uns auch, die Planungsbehörden zu diffamieren, denn die sollten nur die Beschlüsse der politischen Selbstverwaltungsorgane umsetzen.

Aber es darf gefragt werden: Was steckt dahinter, billigen Wohnraum einzureißen, welche Interessen werden hier gewahrt? Die Bewohner der Mühlenstraße, die teilweise jahrzehntlang dort wohnen, müßten doch wohl als erstes gefragt werden, welche Vorstellungen sie haben und genau informiert werden, welche

Wir wüllt nicht, dat de Lüüd an dat Tüdelband von den Staat sünd. SPD

Vorstellungen verwirklicht werden und was nicht geschieht.

Da reicht es wohl nicht den Hausbesitzern einmal die Pläne zu zeigen und dann meinen es wäre dem demokratischen Rahmen genüge getan, auch wenn nicht mehr vorgeschrieben ist.

"Rund um den Roland" meint, selbstverständlich sollte sein: Änderungspläne mit allen direkt betroffenen Bewohnern zu besprechen und dann sehen, wie weit diese Einzelpläne sich im gesamten Stadtentwicklungsplan verwirklichen lassen.

Das liest sich wie eine Selbstverständlichkeit, ist aber keine. Denn jeder Bad Bramstedter Bürger konnte und kann vermuten, wie wirtschaftlich potente Bürger mehr Rechte haben, als alle Anderen, gerade im Bauwesen.

Diese Vermutungen würden nicht entstehen, wenn alle Planungen rechtzeitig offengelegt würden und dann demokratische Mehrheiten über die Projekte entscheiden. So wäre für alle auch sichtbar, welche Interessen hinter Planungen stehen. An der Zerstörungsplanung der Mühlenstraße ist sehr gut aufzuzeigen, wie Entwicklungsplanungen nicht laufen dürfen. Die SPD hat immer Mitsprache der Betroffenen in allen Lebensbereichen gefordert, nicht nur vor den Wahlen, wie andere Parteien.

"Rund um den Roland" fordert die Wähler auf, genau zu kontrollieren inwieweit die CDU-Mehrheitsfraktion in Bad Bramstedt den Willen der Bürger umsetzt.

Alle Wähler sollten am 6. März bedenken, Bad Bramstedter CDU-Verhältnisse stehen uns jetzt in der gesamten Bundesrepublik bevor, das kann niemand wollen.

Winter ade. Am 6. und 13. März SPD

Stell di vör, dat givvt een Regierung, de hört Di to. SPD

Im Oktober 1982 wurde der Vorstand des SPD - Ortsvereins Bad Bramstedt neu gewählt. An dieser Stelle möchten wir kurz die Adressen der Vorstandsmitglieder bekanntgeben.

Wenn Sie, liebe Leser, Fragen zu kommunalpolitischen Themen haben, dann wenden Sie sich vertrauensvoll an uns. Wir werden bemüht sein, Ihnen die gewünschten Informationen zukommen zu lassen.

**Ortsvorstand**

Vorsitzender: Peter H e i n l e i n  
Lessingstr. 9  
Tel: 2325

stv. Vorsitzender: Uwe N e u m a n n  
Raaberg  
Tel: 6063

Schriftführer: Hans-Otto Umlandt  
Bissenmoorweg 20  
Tel: 5761

Kassierer: Wolfgang G i e h l  
Sommerland 50  
Tel.2306

Beisitzer: Gerhard B i n z u s  
Reiherstieg 2  
Tel: 1070

Beisitzer: Peter E i s i n g e r  
Landweg 50  
Tel: 5924

Beisitzer: Jürgen W o l f f  
Bob'n de Lieth 45  
Tel: 3483

Vertreter der Jungsozialisten: Rolf A h r e n s  
Mühlenstr. 5  
Tel. 2518

Vertreter des Stützpunktes Hardebek / Hasenkrug: Holger W ö h l k e  
Dorfstr. 5 , 2351 Hasenkrug  
Tel. 04324/1300

**in KÜRZE**

Unsere Ziele für Schleswig - Holstein

- Wir wollen:
- Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen;
  - Arbeitsbedingungen menschlicher machen;
  - Ausbildungsplätze garantieren;
  - die Gleichstellung von Mann und Frau fördern;
  - unser Land mit umweltschonender Energie versorgen;
  - natürliche Lebensräume schützen;
  - Solidarität mit den Schwächeren üben;
  - Mitbestimmung stärken und staatliche Bevormundung abbauen;
  - eine Schule fördern, die unseren Kindern gerecht wird;
  - von falschen Großprojekten Abschied nehmen;

Wenn Sie wissen wollen wie, dann fordern Sie unser Landtagswahlprogramm beim Ortsvereinsvorsitzenden Peter Heinlein (2325) an.



**Beitritts-  
anmeldung**

Ich möchte Mitglied der SPD werden

Zuname, Vorname

Straße, Haus-Nummer

Postleitzahl, Wohnort

Geburtsdatum

Beruf

Datum, Unterschrift

Hier unterstreiche ich den Beitrag, den ich zahlen möchte:

Monatseinkommen in DM						
600 bis 1 200	1 200 bis 1 500	1 500 bis 2 000	2 000 bis 3 000	3 000 bis 4 000	4 000 bis 7 000	über 7 000
5,-	6,- 7,-	8,- 9,- 10,- 11,-	12,- 15,- 20,- 25,- 30,- 35,- 45,-	50,- 60,- 70,- 80,- 100,-	120,- 150,- 200,- 250,-	400,-

Erläuterung: Jedes Mitglied stuft sich im Rahmen der für ihn zutreffenden Gruppe selbst ein. Der jeweils erstgenannte Beitragswert stellt den erwarteten Mindestbeitrag dar.

Für Mitglieder ohne Einnahmen oder mit geringfügigem Einkommen beträgt der monatliche Beitrag 3,- DM.

Hier unterstreiche ich den Beitrag, den ich zahlen möchte: Ich erteile Abrufermächtigung von meinem Konto bei Geldinstitut:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Konto-Nr.

WILLY BRANDT am 25.10.82 zur Bildungspolitik der konservativ-liberalen Bundesregierung:

"Arbeiterkinder werden von den Universitäten weggedrückt, sie werden von den weiterführenden Schulen weggedrückt. Diese Institutionen werden wieder das Privileg der sozial ohnehin bessergestellten Kinder"

Wir fliegen auf Vogel. SPD



## BAFÖG - KLASSENKAMPF VON OBEN

Das bewährte System der Ausbildungsförderung hat die soziale Öffnung der Bildungswege erst möglich gemacht.

Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel kündigt an: Für den Fall eines Wahlsieges der SPD am 6. März 1983 werden wir vordringlich drei Gesetzentscheidungen ändern. Ich nenne hier



die Ausbildungsförderung (BAFÖG)  
das neue Mietrecht  
die Investitionsabgabe.



Achtung: Wir sammeln Vogel - Stimmen. Bitte im Wahllokal am 6. März in der Zeit von 8-18 Uhr abgeben. Vertraulichkeit wird garantiert. SPD

### Schüler-BAFÖG

In Schleswig-Holstein wurden 1980/81 insgesamt 21.458 Schüler gefördert.

Vielen jungen Menschen wird eine gute Ausbildung künftig schwerer gemacht: Für rund 85% der bisher geförderten Schüler gibt es keine finanzielle Hilfe vom Staat mehr. Der Besuch weiterführender Schulen und Hochschulen wird eingeschränkt.

Eine qualifizierte Berufsausbildung wird nicht mehr von Neigung Eignung und Leistung abhängen, sondern vom Geldbeutel der Eltern. Wenn eine weiterführende schulische Ausbildung nicht am Geld scheitern soll, dann darf die Familiensozialleistung BAFÖG nicht bedenkenlos beseitigt werden. BAFÖG wirkt sehr viel gezielter als z.B. das Kindergeld, weil es sich strikt orientiert an der individuellen Familiensituation und dem Einkommen der Familie.

Die Hälfte aller geförderten Schüler kommt aus Arbeiterfamilien. Das monatliche Nettoeinkommen der Eltern geförderter Schüler lag im Bewilligungszeitraum 1980/81 bei 75% unter 2.000 DM, bei 60% unter 1.800, bei 40% unter 1.500 und bei 22% sogar unter 1.300 DM.

### Studenten-BAFÖG

Im Sommersemester 1981 wurden in Schleswig-Holstein 8.031 Studenten gefördert.

Studenten bekommen nur noch Darlehen gewährt, die zu Riesenschulden beim Start in ein unsicheres Berufsleben führen. Von den in 1982 geförderten 57.000 Teilnehmern des zweiten Bildungsweges bleiben ganze 16.000 an Abendschulen und Kollegs übrig. Der berufsbildende Zweig, der Besuch einer Fachoberschule oder Berufsfachschule wird nicht mehr gefördert.

Unter Spargesichtspunkten trägt die BAFÖG-Kürzung kaum: Im Bundeshaushalt 1983 werden damit nur ca. 200 Mio. DM oder 0,08 % des Gesamtetats eingespart. Die Umstellung des Studenten-BAFÖG entlastet den Bundeshaushalt bis in die 90er Jahre um keinen Pfennig, denn erst dann würden die ersten Gelder zurückfließen.



Lieber einen Vogel in der Hand als einen Strauß auf dem Dach

BJÖRN ENGHOLM am 26.11.1982:

"Die Streichung des BAFÖG ist die in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland drastischste Kürzung, die je an einem Sozialgesetz vorgenommen wurde. Sie ist ein frontaler Angriff auf die Interessen der kleinen Leute, der massiv dem Sozialstaatsgedanken des Grundgesetzes widerspricht."

Stell Dir vor, es gibt eine Regierung, die hört Dir zu. **SPD**

# Helmut Schmidt kommt.

**17. Februar 1983 um 19 Uhr**

(Einlaß 18 Uhr)

**Festplatz**

**Langenharmer Weg/Falkenbergstr.**

mit

**Björn Engholm,  
Günther Heyenn  
und Gerhard Lehmann**

Helmut Schmidt in Norderstedt. Wir fahren gemeinsam mit einem Bus dorthin. Alle interessierten Bürger aus Bad Bramstedt sind recht herzlich eingeladen. Anmeldungen bis spätestens Montag, den 14. Februar an den 2. Vorsitzenden des SPD - Ortsvereins, Herrn Uwe Neumann (Tel. 6063). Kosten entstehen nicht.

Treffpunkt: Do. 17. Februar 16.45 Uhr vor dem Aldi-Markt

# SPD